

Küstenfischerei muss bleiben!

Offener Brief an die Landes- und Bundesminister, sowie die schleswig-holsteinischen Landtags-, Bundestags- und EU-Abgeordneten

Wir sind tief besorgt über die Pläne der EU, in europäischen Meeren von 2024 bis 2030 schrittweise die mobile grundberührende Fischerei in Meeresschutzgebieten zu untersagen.

Grundsätzlich begrüßen wir es, dass der Schutz der Meere in der EU hohe Priorität hat und die dazu nötigen Maßnahmen auf den Weg gebracht werden.

Bevor jedoch vermeintliche Lösungen auf den Weg gebracht werden, muss zunächst das Problem definiert werden. Dazu gehört bei der mobilen, grundberührenden Fischerei eine differenzierte Betrachtung. Denn Grundschleppnetze, die lediglich über den Meeresboden rollen und wissenschaftlich erwiesen nur kurzfristig und reversibel Einfluss nehmen, sind kein Problem, das es mit rigorosen und für die Küstengemeinden folgenschweren, Verboten zu lösen gilt.

Dass der Nationalpark schleswig-holsteinisches Wattenmeer diesen Status 1990, mit der damals schon seit mehr als hundert Jahren bestehenden Fischerei, erhalten hat, spricht für sich.

Sowohl die Krabben- als auch die Muschelfischerei sind mit dem Nachhaltigkeitssiegel des MSC zertifiziert.

Die von der EU bisher leider noch nicht vorgenommene Folgenabschätzung eines solchen Verbotes sieht für die schleswig-holsteinische Küste so aus:

- Die gesamte Küstenfischerei wird faktisch verboten.
- rd. 90 Familien-Wirtschaftsbetriebe müssen ihren Betrieb einstellen.
- vor- und nachgelagerte Branchen werden massive Einbußen hinnehmen müssen.
- Der Ausbildungsberuf des Fischwirtes in der Küstenfischerei wird verschwinden.

- Kutter, die zur Altersvorsorge dienen sollten, werden schlagartig wertlos.
- 2,3 Mio. € Fördergeld für das beim Thünen-Institut in Bremerhaven laufende Projekt „Alternative Krabbenwertschöpfung“ verpuffen wirkungslos.
- Die nationale Eigenversorgungsquote mit Fischereiprodukten sinkt weiter.
- Der Tourismus an der Küste wird massive Einbußen erleiden und muss sich neue Werbeträger suchen. Dass das in ausreichendem Maße gelingt, darf bezweifelt werden. Die Gäste kommen, um in den Häfen aktive Kutter und Fischer zu sehen und um Krabbenbrötchen zu essen.
- Ein Stück regionaler Identität wird zerstört.

All das, um eine Lösung für KEIN Problem umzusetzen?

Wir sagen: NEIN und fordern alle Landes- Bundes- und EU-Politiker nachdrücklich auf, sich dafür einzusetzen, dass es nicht zu einem Verbot der Küstenfischerei kommt!

Sie sind herzlich eingeladen, sich in unseren Häfen ein Bild von den Kuttern, der Fischerei, den Fischern und den (noch) lebendigen Küstengemeinden zu machen.

Mit besorgten Grüßen

Astrid Korth – Bürgermeisterin der Gemeinde Pellworm

Bernd Thaden – Bürgermeister der Gemeinde Friedrichskoog

Dorothe Klömmer – Bürgermeisterin der Stadt Tönning

Hans-Jürgen Lütje – Bürgermeister der Gemeinde Büsum

Heike Hinrichsen - Bürgermeisterin der Halligen Langeneß und Oland

Kurt Hinrichsen – Bürgermeister der Gemeinde Dagebüll

Ruth Hartwig-Kruse – Bürgermeisterin und Kurdirektorin der Gemeinde Nordstrand sowie Vorstandsvorsteherin des Zweckverbands „Anlegestelle Strucklahnungshörn“

Uwe Schmitz – Bürgermeister der Stadt Husum

Freier Mitarbeiter des Landesfischereiverbands Schleswig-Holstein
Projektstelle "Kümmerner der Krabbenfischerei"

Tel.: +49 176 6655 8745

E-Mail: krabbenkueemmerer@landesfischereiverband-sh.de

Web: <http://www.krabbenfischerei-sh.de>